

Beschlussprotokoll II

der 29. Sitzung des Bundesrates vom 13. August 1969

Umfrage

Herr Celio

- führt in einem Kurzexposé über die Abwertung des französischen Frankens folgendes aus:

Diese Abwertung war früher oder später zu erwarten. Ueberraschend war für alle, dass gerade dieser Zeitpunkt gewählt wurde. Man hätte in der Schweiz eher an ein Datum nach den deutschen Wahlen gedacht. Die Abwertung beträgt 12,5 %; bezieht man sich auf den Goldgehalt, so ist der Satz 11,11 %.

Erste internationale Rückwirkungen hat diese Abwertung im EWG-Raum gezeitigt, indem sich dort heikle Probleme für den gemeinsamen Agrarmarkt stellten. Ohne besondere Vorkehrungen wären die Preise in Frankreich für landwirtschaftliche Erzeugnisse um 12,5 % gestiegen. Nun hat der EWG-Ministerrat eine Anpassungsfrist von zwei Jahren vorgesehen.

Geht man den Gründen der Abwertung nach, so sind diese doppelter Natur. Einmal haben die Verluste an Währungsreserven auch in der letzten Zeit nicht aufgehört und seit letztem Jahr ein sehr beträchtliches Ausmass angenommen. Sodann weist Frankreich ein Rekorddefizit der Zahlungsbilanz auf.

Die Auswirkungen auf die Schweiz lassen sich wie folgt resümieren: Die Importe aus Frankreich sollten grundsätzlich billiger werden, während für unsere Exporte eine Verteuerung eintritt (die Franzosen werden mehr Franken aufwenden müssen, um Schweizer Ware zu kaufen). Der Anteil der Einfuhr Frankreichs an der gesamtschweizerischen Einfuhr - bezogen auf das erste Halbjahr 1969 - beträgt 12,9 %. Wichtigste Importgüter sind Automobile, Benzin und Heizöl sowie landwirtschaftliche Erzeugnisse. Inwieweit tatsächlich eine Verbilligung eintritt, wird sich erst noch erweisen. Beim Export der Schweiz nach Frankreich stehen elektrische Maschinen, Instrumente und Uhren im Vordergrund. Der Anteil Frankreichs an der Gesamtausfuhr der Schweiz beläuft sich aber nur auf 9 % (wiederum bezogen auf das erste Halbjahr 1969). Man darf also die möglichen Rückwirkungen nicht überschätzen, wobei sie selbstverständlich je nach dem Exportanteil in den einzelnen Branchen unterschiedlich sein werden. Am ehesten betroffen wird wohl der Fremdenverkehr. Schon bisher war ein gewisser Rückgang französischer Gäste zu verzeichnen. An verschiedenen Orten ist dieser aber durch zunehmende Uebernachtungen aus andern Staaten (Holland usw.) kompensiert worden.



Wichtig wird sein, ob die Devisenrestriktionen für Ferienreisen ins Ausland beibehalten oder fallen gelassen werden. Die französischen Uebernachtungen machen fast einen Fünftel aller ausländischen Uebernachtungen in der Schweiz aus. Man wird sich aber auch stets vor Augen halten müssen, dass, wenn die Abwertung nicht verfügt worden wäre, wohl andere Massnahmen hätten getroffen werden müssen. Dabei müssen sich die Kreise des Fremdenverkehrs bewusst sein, was z.B. eine Deflationspolitik in Frankreich für sie bedeutet hätte. Ein gewisser Lichtblick liegt darin, dass unsere Preise immer noch relativ günstig sind gegenüber den Preisen im französischen Gastgewerbe, auch nach der Abwertung. Fraglich ist natürlich, ob die Abwertung nicht auch Rückwirkungen auf die Fremdenverkehrsströme aus Italien, Deutschland usw. nach der Schweiz haben wird; werden hier Umleitungen eintreten?

Konjunkturpolitisch bedeutet die Abwertung des französischen Frankens für uns eine willkommene Dämpfung.

Wichtig sind natürlich auch die Auswirkungen im Ausland. Das Problem der EWG-Agrarpreise ist bereits gestreift worden. Man hatte gewisse Befürchtungen wegen möglicher Rückwirkungen auf das englische Pfund. Bis jetzt hat sich dieses gut gehalten. Was die deutsche Mark betrifft, so nahm man allgemein an, dass vor den Wahlen nichts geschehen wird. Ueberraschenderweise ist nun gestern die Aufwertungsdiskussion in den Regierungskreisen in Bonn doch wieder in Gang gekommen. Trotzdem wird man davon ausgehen dürfen, dass vor den Wahlen nichts passiert. Diese Frage ist natürlich für unsere Situation von ganz besonderer Bedeutung.

Für die Schweiz kann festgehalten werden, was schon am letzten Samstag erklärt wurde, dass keinerlei Anlass zu irgendwelchen Massnahmen besteht.

Herr Spühler weist darauf hin, dass erst die nächsten Monate zeigen werden, ob die Abwertung für Frankreich zu einem gewissen Erfolg bezüglich der Sanierung seiner Situation führt. Interessant ist, dass die zuständigen EWG-Organen, trotz einer entsprechenden vertraglichen Verpflichtung, vorgängig nicht begrüsst wurden. Es zeigt sich einmal mehr, dass man bei zentralen nationalen Interessen, da rasch gehandelt werden muss, leicht geneigt ist, sich über solche Verpflichtungen hinwegzusetzen. Politisch nicht unwichtig ist auch eine mögliche Entwicklung in der Richtung, dass nun Deutschland als wirtschaftliche Hauptmacht in eine gewisse Isolierung gerät.

Herr Bonvin macht auf die grosse Bedeutung des internationalen Gleichgewichts im monetären Sektor aufmerksam. Ueberschüsse und Defizite dürfen in einzelnen Staaten nicht extreme Ausmasse annehmen, sonst kommt es eben zu solchen Störungen. Es wäre gut, wenn Deutschland bei der heutigen Relation (Mark - französischer Franken) bleiben würde.

Herr Tschudi

- teilt mit, dass er an der Bundesratssitzung vom 3. September nicht teilnehmen könne. Es wird beschlossen, Zustimmung EVD vorausgesetzt, die Aussprache "Fremdarbeiterpolitik" auf den 27. August vorzuzuschieben. An diesem Tag soll eine besondere Nachmittagsitzung für die Aussprachen stattfinden.

Herr Spühler

- teilt mit, dass ihm der englische Aussenminister, der im Tessin in den Ferien weilt, einen Höflichkeitsbesuch abstaten wird.

Herr Spühler

- informiert kurz über die Situation Nigeria/Biafra. Sollte das IKRK neue Mittel verlangen, so wird man genau prüfen müssen, ob die Voraussetzungen für eine schweizerische Hilfe wirklich noch gegeben sind. Man ist heute wieder so weit wie am Anfang. Der neue Präsident des IKRK war offenbar dem Druck der Behörden in Lagos nicht gewachsen. Das Prestige des IKRK, das leider gerade in Afrika stark mit der Schweiz identifiziert wird, ist angeschlagen. Möglicherweise wird man sogar ^{daran} denken müssen, die ganze Hilfsaktion einer andern Organisation zu übertragen. Herr Naville wäre bereit gewesen, alle dem IKRK verfügbaren Nahrungsmittel und Medikamente dem Nigerianischen Roten Kreuz für die weiteren Hilfsaktionen auszuhändigen; dies hätte aber die Zustimmung der seinerzeitigen Spender vorausgesetzt. Die Schweiz kann leider nicht viel machen, obwohl wir an einem Erfolg der Aktion des IKRK interessiert wären, weil wir - wie gesagt - fälschlicherweise immer wieder mit dem IKRK identifiziert werden.

Herr Bundeskanzler Huber weist darauf hin, dass vor allem welsche Journalisten stark beunruhigt seien; die Anfragen häuften sich, ob die Schweiz nicht irgendwie das IKRK in seinen Bemühungen, z.B. diplomatisch, vermehrt unterstützen könnte, da die Schweiz doch eine Art Patenschaft über das IKRK hat. Es wäre vielleicht gut, wenn bei der heutigen Presseorientierung von Herrn Bundesrat Spühler über seine Afrikareise vom Vorsteher des EPD zu diesem Thema etwas gesagt würde.

Herr Spühler erklärt sich dazu bereit; die Sache sei aber heikel.

Herr Spühler

- teilt mit, dass wir wegen des El Al-Zwischenfalls in Kloten in den arabischen Staaten immer mehr auf Schwierigkeiten stossen würden. Die Zürcher Justizbehörden seien offenbar der Sache nicht recht gewachsen. Das Verfahren ziehe sich allzustark in die Länge. Das EPD werde nun mit einem Fragebogen an die zuständigen Stellen in Zürich versuchen, einige Angaben zu erhalten, um unsere Botschafter in den arabischen Ländern besser in die Lage zu versetzen, auf die immer wiederkehrenden kritischen Bemerkungen zu antworten.

Herr Spühler

- berichtet kurz über seinen Eindruck auf seiner Ostafrikareise. Sie habe ihn darin bestärkt, dass wir mit unserer Entwicklungspolitik auf dem richtigen Wege sind, wenn man auch die einzelnen Projekte stets kritisch prüfen muss. Interessant ist auch, dass unsere Landsleute - vor allem auch die Missionare, die eine sehr grosse Arbeit leisten - vielfach den Eindruck haben, in Europa werde über die verschiedenen politischen Regimesein zu einseitiges Bild gezeichnet. Man dürfe eben nie vergessen, dass man es in Afrika mit einem andern Entwicklungsstand zu tun habe und dass der Ost-West-Konflikt für die afrikanischen Staaten nicht das primäre politische Problem sei; für sie sei die Entwicklung ihrer Wirtschaft und ihrer Ausbildungsmöglichkeiten das zentrale Anliegen. Bezüglich des Konfliktes Nigeria-Biafra sei die Situation ziemlich hoffnungslos. Niemand sehe kurzfristig einen Ausweg. Ein Staatschef habe ihm erklärt, wenn am Anfang die afrikanischen Staaten geschlossen und deutlich in dem Sinne Stellung genommen hätten, das Biafra im Falle einer Sezession von ihnen keine Unterstützung erhalte, wäre es vielleicht möglich gewesen, das Drama zu verhindern.

Herr Bonvin

- teilt mit, dass er am 19. und 20. August den Besuch des holländischen Transportministers haben werde. Ende August werde ferner das für die Verkehrspolitik verantwortliche Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Herr Bodson, zu ihm kommen.
- Bei der Organisation seines Departementes stosse er weiterhin auf gewisse Schwierigkeiten, indem Herr Prof. Meyer mit seinem neuen Pflichtenheft nicht einverstanden sei. Er werde sich noch an den Herrn Bundespräsidenten wenden.

Herr Bundespräsident von Moos stellt die Frage, ob die organisatorischen Umstellungen im EVED nicht in einem BRB ihren formellen Niederschlag finden müssten.

Herr Bonvin will die Frage prüfen und berichten.

Herr Bonvin

- gibt einige erste Resultate der Untersuchung i.S. Lucens bekannt. Die Arbeiten werden weitergeführt. Eine Schwierigkeit ist deshalb aufgetaucht, weil die Bundesanwaltschaft nun auch noch ein Verfahren durchführt. Die Untersuchungskommission sollte wissen, was der Bundesanwalt zu tun gedenkt, vor allem auch weil gewisse Unterlagen der Untersuchung nicht dauernd sichergestellt werden können.

- 5 -

Herr Bundespräsident von Moos übernimmt es, mit dem Bundesanwalt Fühlung zu nehmen, damit die Koordination spielt. Im übrigen gibt er bekannt, dass nur ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sei, was in Ordnung gehe. Dagegen hätte der Bundesanwalt in diesem Sonderfall hierüber den Chef des JPD seinerzeit orientieren sollen.

Herr Gnägi

- stellt die Frage, ob für die Aussprache vom 20. August i.S. Beschaffung von Kampfflugzeugen der Rüstungschef und der Generalstabschef aufgeboten werden sollen. Es wird so beschlossen, in der Meinung, dass diese beiden Herren referieren sollen, und zwar einleitend; nachher würden sie sich zurückziehen. Die Aussprache wird auf 10.30 angesetzt; Sitzungsbeginn um 08.30.

Herr Celio

- kommt auf den Fall Erbschaftsangelegenheit Schmid zu sprechen. In einer Eingabe vom 8. Juli 1969 hat Herr Diefenbacher den Ausstand von Herrn Vizedirektor Müller verlangt. Das FZD wird zuhanden des Bundesrates eine Antwort vorlegen.

Herr Bundespräsident von Moos

- teilt noch mit, dass das Diplomattendiner auf den 21. November 1969 angesetzt wurde.

Herr Bundeskanzler Huber

- verweist auf die Eingabe des Evangelischen Kirchenbundes betr. Waffenausfuhr. Es wird beschlossen, den Empfang zu bestätigen und das Schriftstück der Expertenkommission Weber zur Prüfung zu überweisen.
- stellt die Frage, ob für den 21. August 1969, den ersten Jahrestag des Einmarsches in die CSSR, vom Bundesrat etwas besonderes vorzukehren sei. Verschiedene Kreise bemühten sich offenbar um eine Kundgebung im Sinne einer Schweigeminute. Der Bundesrat gelangt auf Grund einer kurzen Diskussion zum Schluss, dass er keinen Anlass habe, irgendeine Erklärung abzugeben. Wenn der Bundeskanzler gefragt werde, könne er auf die früheren Erklärungen verweisen.
- macht darauf aufmerksam, dass sich die Häufigkeit von Vernehmlassungsverfahren mit oft sehr kurzen Fristen, vor allem wenn sie noch auf den gleichen Termin erstattet werden sollten, gerade über die Ferienzeit für die begrüßten Kreise unangenehm auswirke. Der Bundesrat ist mit dem Vorschlag einverstanden, dass die Bundeskanzlei auf Verwaltungsebene eine bestmögliche Koordination und Planung an die Hand nimmt.

15.8.1969 Hb/Sp

BUNDESKANZLEI

Geht an die Herren

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)